

Antrag R01: It's all politics: Hochschule als politischen Raum gestalten!

Laufende Nummer: 31

Antragsteller*in:	Juso-Hochschulgruppen Berlin (Landeshochschulgruppen)
Status:	angenommen
Sachgebiet:	R - Hochschulreform & Hochschulen in der Gesellschaft

1 Die Corona-Pandemie hat in diversen Bereichen und insbesondere an den Hochschulen zu
2 starken Einschränkungen geführt. Die grundsätzlich nicht ausreichenden
3 Partizipationsmöglichkeiten der Studierenden wurden hierdurch noch stärker
4 beschnitten. Es ist jedoch nicht erst seit der Corona-Pandemie zu beobachten, dass
5 die Hochschulen ihrem Anspruch als politischem Raum nicht gerecht werden. Hochschulen
6 und die mit den Hochschulen verbundene Forschung und Lehre ist politisch - eine zu
7 beobachtende "Entpolitisierung" verkennt dies und wird dadurch der gesellschaftlichen
8 Bedeutung von Forschung und Lehre nicht gerecht. Die Gesellschaft der Freien und
9 Gleichen zeichnet sich durch eine Demokratisierung in sämtlichen Lebensbereichen und
10 dementsprechend auch an den Hochschulen aus.

11 Diese "Entpolitisierung" im Hochschulraum zeichnet sich in den letzten Jahren auch
12 durch eine rückgängige Beteiligung bei Gremienwahlen aus - eine einseitige
13 studentische Wahlbeteiligung ist an den meisten Hochschulen an der Tagesordnung.
14 Aufgabe der Bildungseinrichtungen ist es, für demokratische Mitbestimmung zu
15 sensibilisieren, wenn nicht sogar zu werben, und Studierende sich zu mündigen
16 Bürger*innen in einer demokratischen Gesellschaft entwickeln zu lassen - Wahlen zu
17 hochschulpolitischen Gremien sind der passende Rahmen dafür. Situationen, wie die
18 während der Corona-Pandemie, in denen Wahlen verschoben wurden und nicht stattfinden
19 konnten, zeigen die zu niedrige Priorität, die Hochschulen studentischen Wahlen
20 zuschreiben - besonders, wenn niedrigschwellig Briefwahlen oder andere geeignete
21 Wahlformate stattfinden könnten.

22 **Wissenschaft ist immer politisch**

23 Insbesondere von den konservativen und rechten Kräften wird zunehmend eine politische
24 "Neutralität" gefordert. Hierbei wird Wissenschaft als etwas neutrales dargestellt,
25 was losgelöst von politischen Entwicklungen zu betrachten ist. Dies stellt eine
26 Illusion dar und verkennt die gesellschaftliche und politische Bedeutung von
27 Hochschulen sowie die mit ihr verbundene Forschung und Lehre. Ebenfalls wird eine
28 solche Betrachtung nicht der historischen Verantwortung der Hochschulen und der
29 Wissenschaft gerecht.

30 Derzeit finden durch Rechtsextreme massive Angriffe auf die Wissenschaftsfreiheit
31 statt: Hochschulen und Universitäten sollten sich nicht mit bestimmten Themen
32 befassen, weil diese links besetzt seien und Wissenschaft neutral sein sollte. Um die
33 Hochschulen gegen diese Angriffe auf die Wissenschaftsfreiheit durch Rechtsaußen
34 verteidigen zu können, ist es von zentraler Bedeutung, dass Hochschulen sich klar
35 positionieren und sich in dem wissenschaftlichen Handeln gegen Rechtsextremismus
36 positionieren. Nicht durch eine zunehmende Entpolitisierung und Neutralität der
37 Hochschulen, sondern durch eine Positionierung der Hochschulen gegen Rechts ist eine
38 gesicherte antifaschistische Arbeit an den Hochschulen weiter möglich.

39 Deshalb fordern wir:

- 40 • Dass Hochschulen anerkennen, dass Wissenschaft politisch ist und sich
41 dementsprechend verhalten.
- 42 • Dass Hochschulen den politischen Raum, welcher sich im Rahmen von Wissenschaft,
43 Forschung und Lehre bildet, fördern
- 44 • Dass Hochschulen sich entschieden gegen jede Form von Rechtsextremismus,
45 Faschismus und Populismus stellen und stattdessen demokratische Werte vertreten,
46 die eine Gesellschaft der Freien und Gleichen fördern.

47 **Transparenzoffensive an Hochschulen**

48 Demokratische Prozesse leben allgemein von Transparenz: Zu Informationszwecken und
49 der besseren Verständlichkeit von Vorgängen müssen die Entscheidungen und Beschlüsse
50 im öffentlichen und entsprechend auch im hochschulpolitischen Raum publik gemacht
51 werden. Es ist ein unhaltbarer Zustand, dass Studierende nicht über ausreichend
52 Informationen verfügen und sich dadurch nicht ohne zusätzlichen Recherche-Aufwand an
53 politischen Entscheidungsprozessen beteiligen können. Offizielle Internetseiten von
54 Hochschulen klären häufig gar nicht oder nur unzureichend über die Funktionsweisen
55 von Studierendenparlamenten, Student*innenräten, dem Akademischen Senat oder dem
56 Allgemeinen Studierendenausschuss auf und bieten erst recht keine niedrigschwelligen
57 Informationsmöglichkeiten. Neben allgemeinen Auskünften über die Funktionsweise von
58 hochschulpolitischen Gremien fehlt es insbesondere an Transparenz der demokratischen
59 Prozesse gegenüber Studierenden, die nicht selbst einen Sitz im jeweiligen Gremium
60 gewonnen haben - Protokolle werden mancherorts zur Verfügung gestellt, von
61 Livestreams oder hybriden Teilnahmeoptionen als Zuschauer*in kann bei weitem nicht
62 die Rede sein.

63 Demokratische Beteiligung von Studierenden kann nur dann auf Basis einer informierten
64 Meinung stattfinden, wenn hochschulpolitische Prozesse transparent gestaltet und
65 niedrigschwellig kommuniziert werden.

66 Deshalb fordern wir:

- 67 • Der hochschulpolitische Aufbau und die Funktionsweise von Gremien an Hochschulen
68 müssen transparent gemacht und niedrigschwellig erklärt werden, leicht
69 auffindbar in den offiziellen Online-Auftritten der jeweiligen Hochschulen.
- 70 • Protokolle, Anträge und andere relevante Dokumente aus Gremiensitzungen im
71 hochschulpolitischen Raum müssen der breiten Studierendenschaft leicht
72 auffindbar zur Verfügung gestellt werden.
- 73 • Die Teilnahme an Gremiensitzungen muss allen Studierenden möglich sein: Die
74 Sitzung muss frühzeitig öffentlich angekündigt werden und auch Gäst*innen
75 (Studierenden, die keinen Sitz im jeweiligen Gremium belegen) in Präsenz oder
76 über einen Livestream offenstehen.
- 77 • Im Sinne einer demokratischen Ausgestaltung des hochschulpolitischen Raumes soll
78 die Möglichkeit, dass sich gewählte Mitglieder auch digital an Gremiensitzungen
79 beteiligen können, ausgeweitet werden.

80 **Studentische Mitbestimmung stärken**

81 Die Studierenden stellen an den Hochschulen die größte Statusgruppe dar. Doch
82 trotzdem sind die Gremien, in denen Entscheidungen getroffen werden, durch die

- 83 professorale Mehrheit geprägt, sodass echte Partizipation sowie
84 Gestaltungsmöglichkeiten nur in einer eingeschränkten Form möglich sind.
- 85 Die Studierenden, die die Partizipationsmöglichkeiten nutzen und sich in der
86 verfassten Studierendenschaft ehrenamtlich einsetzen, wenden durch ihr ehrenamtliches
87 Engagement weniger Zeit für ihr Studium auf, sodass hierdurch Nachteile entstehen
88 können. Insbesondere für Studierende, die neben ihrem Studium arbeiten, stellt dies
89 eine hohe Hürde und Belastung dar. Demokratie und Beteiligungsprozesse sollten jedoch
90 allen offenstehen. Daher ist es geboten, dass in der universitären
91 Interessenvertretung engagierte Studierende beispielsweise durch die Vergabe von
92 Creditpoints, Freisemestern, eine Berücksichtigung bei der Finanzierungsdauer des
93 BAföG oder die Anrechnung als Praktika entlastet werden.
- 94 Die Gremien der verfassten Studierendenschaft sind für die studentische
95 Interessenvertretung an den Hochschulen von elementarer Bedeutung, leiden jedoch
96 aufgrund des geringen Bekanntheitsgrades an niedrigen Wahlbeteiligungen. Hierdurch
97 kann seitens der Universität der Eindruck entstehen, dass die Legitimität des
98 jeweiligen Gremiums wegen zweifelhafter echter Repräsentation nicht gegeben sei.
99 Daher ist es von hoher Bedeutung, dass die Universität auch die Wahlen zu den Gremien
100 der verfassten Studierendenschaft stärker fördert.
- 101 Um dies zu ermöglichen fordern wir:
- 102 • Demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten für Studierende hinsichtlich aller
103 wichtiger Belange, die sie im Hochschulraum betreffen
 - 104 • Creditpoints oder Freisemester für ehrenamtliches studentisches Engagement in
105 der verfassten Studierendenschaft und allen anderen Formen der studentischen
106 Interessenvertretung, um hierdurch mehr Studierenden hochschulpolitisches
107 Engagement zu ermöglichen
 - 108 • Stärkere Unterstützung der Hochschule bei den Wahlen der jeweiligen
109 Studierendenparlamente und Studierendenräte, um hierdurch eine höhere
110 Wahlbeteiligung zu ermöglichen